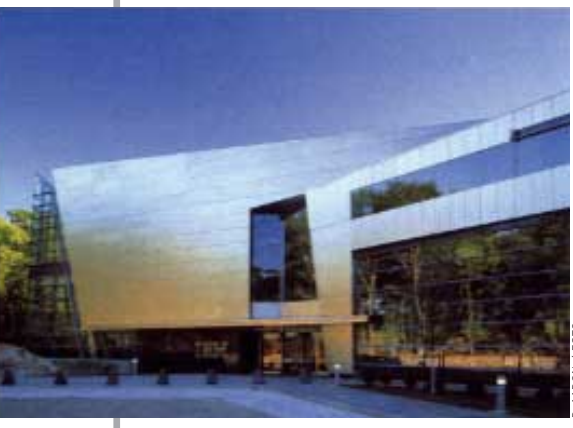
„Rückgrat der Nazi-Struktur“

NS-Opfer verklagen IBM in den USA
wegen des Einsatzes ihrer Maschinen beim Holocaust.

Der Tscheche Oldrich Stransky war 20 Jahre alt, als er, seine Geschwister, Eltern und Großeltern von Nazi-Greifern festgenommen wurden. Die meisten Mitglieder der jüdischen Familie starben in den Gaskammern von Treblinka und Majdanek, Oldrich Stransky überlebte: Als Zwangsarbeiter durchlief er Stationen wie das Ghetto von Theresienstadt und das Konzentrationslager Auschwitz. Aus dem KZ Sachsenhausen befreite ihn schließlich die Sowjetarmee im April 1945.



P. AARON / ESTO

IBM-Zentrale in Armonk bei New York
„Arglistig verschleiert“

Nun will er Gerechtigkeit. Mit vier anderen ehemaligen jüdischen Zwangsarbeitern – einem Tschechen, einem Ukrainer sowie zwei US-Bürgern – verklagt er den Daten-Multi IBM. Die Kooperation der Firma mit dem Dritten Reich, so erklären die Kläger, sei „Komplizenschaft beim Holocaust“ gewesen.

Stransky klagt gleich da, wo es der Firma am stärksten wehtun könnte, vor der US-Justiz. Im Auftrag der fünf Nazi-Opfer präsentiert der Anwalt und Entschädigungsspezialist Michael Hausfeld Anfang dieser Woche vor dem US District Court for the Eastern District of New York eine umfängliche Klageschrift.

Die Sammelklage versucht den Beweis, dass IBM (USA) bei der Verletzung von Menschenrechten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit selbst agierte, half oder jedenfalls „wissentlich teilhatte“. Das Gericht soll zunächst nur feststellen, dass IBM durch ihr Verhalten während der Zeit des Dritten Reichs internationales wie amerikanisches Recht verletzt habe und den Klägern sämtliches einschlägiges Dokumentenmaterial zur Verfügung stellen müsse.

Das soll helfen, im weiteren Lauf des Verfahrens die „arglistig verschleierte aktive Rolle im Holocaust“ der IBM von Grund auf zu klären. Hausfeld: „IBM muss ihre Archive öffnen, damit alle Opfer ihrer Unrechtsakte abschließend die Wahrheit erfahren.“

Schon jetzt glauben die Kläger beweisen zu können, IBM sei intensiv genug mit den Geschäften ihrer Deutschland-Tochter befasst gewesen, um zu erkennen, wie tief die „in die Rassen- und Verfolgungspolitik des Nazi-Regimes“ verstrickt gewesen sei. Mithin, folgert Hausfeld, sei IBM auch klar gewesen, dass ihre Hollerith-Maschinen

- „in Konzentrationslagern benutzt“ worden seien;
- „Unterdrückung und Völkermord erleichtert“ hätten;
- als „Rückgrat der Nazi-Infrastruktur“ gedient hätten.

Eine Schadenssumme hat der Anwalt noch nicht beziffert. Vorsorglich aber brachte er schon in den Schriftsatz, dass seine Kläger stellvertretend für alle Opfer und Überlebenden des KZ-Systems stehen – „geschätzt über 100 000“.

Hausfeld ist in Sachen NS-Opfer erfahren. Er war im vergangenen Jahr an den Verhandlungen um die Entschädigung von Zwangsarbeitern durch die Bundesrepublik und die deutsche Wirtschaft beteiligt. Trotz Zahlungszusagen großer deutscher Unternehmen fehlen an den 5 Milliarden Mark von den Firmen noch 1,4 Milliarden.

Noch zögerlicher beim Übernehmen finanzieller Verantwortung zeigen sich freilich die über 50 amerikanischen Firmen, die während der Nazi-Zeit über deutsche Niederlassungen Geschäfte mit dem Reich gemacht hatten. Bei denen hatte der amerikanische Verhandlungsführer Stuart Eizenstat in einem separaten Fond eine Milliarde Dollar eintreiben wollen. Doch einstweilen gibt es kaum Zahlungszusagen.

Da erhofft sich Hausfeld von seiner Klage den nützlichen Nebeneffekt, dass die US-Firmen endlich Geld herausrücken: „Die Welt soll erfahren, dass auch amerikanische Unternehmen am Holocaust beteiligt waren.“

Christian Habbe, Andreas Mink

Rückstand, was in der zerrütteten deutschen Wirtschaft 450 Billionen Reichsmark entsprach. Da besuchte ihn Watson und bot Schuldenerlass gegen Abtretung von 90 Prozent der Firmenanteile.

Dehomags beste Kunden waren zu Beginn des Dritten Reichs die deutschen Bevölkerungsstatistiker. Viele von denen schwadronierten damals über mögliche Beiträge im Kampf für „Rassenhygiene“ und „Ausmerze erbbiologisch unerwünschter Volksteile“ (so 1937 der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts, Friedrich Zahn).

Dehomag-Boss Heidinger stand da nicht nach. 1934, bei einer Werkseröffnung vor Firmenprominenz und hohen Nazis, huldigte er „dem Arzte unseres deutschen Volkskörpers, Adolf Hitler“, und versprach: „Wir legen die individuellen Eigenschaften jedes einzelnen Volksgenossen auf einem Kärtchen fest.“ Konzernchef Watson erhielt den Redetext nach New York und gratulierte sogleich per Telegramm.

Watson persönlich war nach Berlin gereist, als seine Deutschlandfiliale den Auftrag an Land gezogen hatte, die Volkszählung 1933 auszuwerten. In der Operationszentrale am Berliner Alexanderplatz, die der US-Chef besichtigte, forderten Hinweisschilder mit Großbuchstaben, auf der Lochkarte jedes unter „jüd.mos.isr.“ registrierten Bürgers eine Markierung anzubringen, in Spalte 22, Zeile 3. Vier Monate dauerte die Übertragung der Zählbögen, dann ließ sich – erstmals – per Lochkarte in jeder Stadt, Berufsgruppe oder Hausgemeinschaft der Anteil der Juden ermitteln.

Dadurch konnte dann das Statistische Reichsamt zum Beispiel auswerfen, dass im Berliner Bezirk Wilmersdorf die

SS-Brigadeführer Veesenmayer (1944)
„Rabiater Handlanger des Systems“